

Freundeskreis

Bündnis

Sahra



Wagenknecht

Fabio De Masi* kommt nach Rosenheim:

**Donnerstag,
6. Februar 2025
um 19 Uhr
Restaurant
VALENTINO
Max-Josefs-Platz 3
83022 Rosenheim**



***Mitglied des Europäischen Parlaments**

Wahlinformationsveranstaltung mit Fabio De Masi: Zusammenhang von Friedens-, Wirtschafts-, und Sozialpolitik:

Fabio De Masi ist langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP), zunächst für die Linke, seit 2024 für das BSW. Als Mitglied des Deutschen Bundestages machte er sich einen Namen als „Finanzdetektiv“, der schmutzigen Geschäften zwischen Politik und Wirtschaft, (Luxemburg Leaks, Cumex etc.) nachging und sie aufdeckte.

Hierzu lautet seine Forderung:

„Ein Ladendieb darf nicht härter bestraft werden, als ein Gangster in Nadelstreifen.“

Ein weiteres zentrales Thema für ihn ist:

„Wir wollen nicht den militärisch-industriellen Komplex, sondern die zivilen Investitionen anschieben.“

Das bedeutet:

- Dringend notwendige Investitionen, etwa in den Alten- und Pflegebereich, in das Gesundheitswesen, die Bildung, den Verkehrsbereich (Brücken, Straßenbau, Schienenverkehr) und in den digitalen Ausbau.
- Eine Reform der Schuldenbremse, die dem Staat erlaubt, Kredite im erforderlichen Umfang aufzunehmen. Im Gegenzug könnte man die Schattenhaushalte – wie für die Bundeswehr – wieder eindampfen, die der Kontrolle des Parlaments entzogen sind.
- Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer für Multimillionäre und Milliardäre.
- Keine zusätzliche Ausgaben im Rüstungsbereich, wie von den USA gefordert und von den hiesigen Politikern aus Union, Grünen, FDP und leider auch der SPD willfährig im Rahmen der Zeitenwende unterstützt. Der Verteidigungshaushalt Deutschlands war bereits vor besagter Zeitenwende so hoch wie der von Frankreich und Großbritannien zusammen (Fabio De Masi).

Die Forderungen nach Erhöhung der Militärausgaben auf 3% des BIP (Pistorius) 3,5% des BIP (Habeck) oder sogar 5% und mehr (Trump und AfD) sind grotesk.

Der Bundeshaushalt in 2024 betrug 489 Milliarden Euro.

Davon entfielen für den Verteidigungshaushalt bei 2% des BIP ca. 91 Milliarden Euro.

3,5% betragen demnach ca. 150 Milliarden Euro und die Forderungen von AfD und Trump ca. 215 Milliarden Euro, **also ca. 40% des Bundeshaushalts**.

Das bedeutet:

- Es gibt kaum noch Spielraum für Investitionen im zivilen Bereich, geschweige denn Geld für Renten, Pflegepersonal, Schulen usw.
- Der Sozialstaat und auch der Wirtschaftsstandort Deutschland wird abgeschafft zugunsten hemmungsloser militärischer Aufrüstung.

Dazu kommt die militärische Aufrüstung der Ukraine, die weitere Milliarden verschlingt und die Kriegsgefahr erhöht.

Die Aggressivität, mit der ein Waffenstillstand von Teilen der Medien und der Politik verteuftelt wird, ist verantwortungslos. Deshalb, Schluss mit Krieg, Waffenlieferungen und weiterer Aufrüstung. Für Friedensverhandlungen und Stopp von Waffenexporten. Für eine Zeitenwende von der Zeitenwende.